

THEOLOGIE UND ÖKONOMIE: DER NORD-SÜD-KONFLIKT ALS HERAUSFORDERUNG AN KIRCHE UND MISSION

Bericht über ein Seminar des Evangelischen Missionswerkes (EMW)
vom 9.9. – 14.9.1991 im Ökumenischen Zentrum Bossey (Schweiz)

Der Nord-Süd-Konflikt tritt durch den Zusammenbruch des Ostblocks in eine neue Phase. Die Länder der sogenannten Dritten Welt verlieren ihre Bedeutung als Produktionsstätten und Absatzmärkte an die osteuropäischen Staaten. Die Kreditströme aus den Industrieländern verlagern sich von Süden nach Osten. Doch der bejubelte „Niedergang des Sozialismus“ und der Bankrott der Planwirtschaft hat noch eine weitere Folge: Zur (sozialen) Marktwirtschaft scheint es keine Alternative zu geben, sie wird gegenwärtig nach und nach in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks in scheinbar logischer Konsequenz eingeführt.

Im Kapitalismus begegnet die Sünde der Hybris

Für viele Menschen der Dritten Welt bedeutet der Niedergang des Sozialismus den Verlust einer Vision, der Vision einer besseren Welt. Auf diese Nebenerscheinung der Umwälzungen in Osteuropa machte VITOR WESTHELLE, Theologe aus São Leopoldo (Brasilien), aufmerksam. Wo es aber an einer Vision mangle, fehle auch die Kraft, sich gegen das System der Hybris zu wehren. Als solches bezeichnet Westhelle das kapitalistische Wirtschaftssystem. In ihm komme eine der Ursünden der Menschen zum Ausdruck: Sie wollen selber Gott sein und alles beherrschen. Die Wurzeln dieser Hybris sieht er in der europäischen Aufklärung und ihrer Verabsolutierung der individuellen Autonomie, die schließlich auch die Unantastbarkeit des Privateigentums mit sich brachte. Vom anderen kann ich nichts erwarten, es gilt der „Kampf aller gegen alle“. In dieser Situation bleibe lediglich die Hoffnung auf bzw. der Glaube an eine „unsichtbare Hand“, die das Glücksstreben des einzelnen zum größten Wohl aller lenkt. So entstehe die „Metaphysik des Marktes“, die auch ihre eigene Ethik besitzt: Wenn die Gesetze des Marktes befolgt werden, dann werden die Bedürfnisse aller so gut wie möglich befriedigt.

Wenn es irgendwo zu Krisen komme, kennen die Verteidiger des Marktes nur eine Erklärung: die Gesetze des Marktes wurden mißachtet. So auch in der Verschuldungsproblematik: Aus der Analyse – Mißachtung der Marktgesetze – folgt die Therapie, und das heißt, daß zuerst die Schulden zurückgezahlt werden müssen. Die Rechtmäßigkeit der Schulden werde dabei nicht hinterfragt.

Für Brasilien brachte Westhelle folgendes Beispiel: Zwischen 1973 und 1985 erhielt Brasilien aus dem Ausland 121 Milliarden US-Dollar an Krediten und Investitionen. Im gleichen Zeitraum flossen aus Brasilien 145 Milliarden Dollar, davon 80 Milliarden für Zinsen und 65 Milliarden für Tilgung, an die Geberländer zurück. Brasilien zahlte in dieser Zeit also 24 Milliarden Dollar mehr zurück, als es zuvor erhielt. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Betrag der Auslandsschulden Brasiliens von 10 Milliarden auf 100 Milliarden Dollar. Die Variable in dieser undurchsichtigen Rechnung ist der Zinssatz. Und der werde in den Ländern der Ersten Welt festgelegt. Hier herrsche also eine Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den Ländern der Ersten Welt.

Hier deutet sich eine Illegitimität der Schulden an, die indes nicht der einzige Skandal in der Verschuldungsproblematik ist. Westhelle machte darauf aufmerksam, daß die Schulden dreimal zurückgezahlt werden: *Erstens* durch den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung), *zweitens* durch die sozialen Kosten der Rezession (Strukturanpassungsprogram-

me des IWF) und schließlich *drittens* durch die Inflation. In allen Fällen bezahlen die Armen.

Die angedeuteten Zahlen und Fakten erklären, warum die in den Ländern der Dritten Welt entwickelte Dependenztheorie die Abhängigkeit und Armut ihrer Länder nicht als ein zeitliches Hinterherhinken, wie es die Rede von der „Unterentwicklung“ impliziert, versteht, sondern als Ausdruck einer strukturellen Asymmetrie, bei der sich die Länder der Dritten Welt auf der anderen, auf der Unterseite der Geschichte befinden. *Die „Unterentwicklung“ der Länder der Dritten Welt habe mit der „Überentwicklung“ der Länder der Ersten Welt zu tun.*

Die soziale Marktwirtschaft – das beste System?

Demgegenüber vertrat der Theologe und Ökonom WALTER HOMOLKA von der Hypobank München die These, daß die Industrieländer sich ihren Wohlstand selbst erarbeitet hätten – und dementsprechend die Länder der Dritten Welt für ihre Lage größtenteils selbst verantwortlich seien. Zur Problembewältigung schlägt er daher auch marktkonforme Maßnahmen vor, die sich an drei marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren müßten: *Inflationsbekämpfung, Zahlungsbilanzausgleich und außenwirtschaftliche Liberalisierung.* Dabei räumte Homolka ein, daß gerade die Industrieländer dazu bewogen werden müßten, ihre Handelshemmnisse abzubauen. Außer Frage steht für ihn aber die Tatsache, daß sich die Schuldnerstaaten an die Strukturen der gegenwärtigen Weltwirtschaft anpassen, mithin die Marktwirtschaft übernehmen müssen. Das heißt, daß Angebot und Nachfrage am Markt geregelt werden, vermittelt jeweils durch das Medium Geld.

In der sozialen Marktwirtschaft Sorge der Staat für Rahmenbedingungen, die eine gewisse Chancengleichheit gewährleisten und die sozial Schwachen materiell absichern. Homolkas Modell der sozialen Marktwirtschaft liegen die Ideen der Aufklärung zugrunde, vor allem individuelle Autonomie und Demokratie. Die Einführung der Marktwirtschaft in Ländern der Dritten Welt müsse daher von einem Wandel der politischen Strukturen begleitet werden und könne immer nur als Angebot verstanden werden. Für Homolka ist die Marktwirtschaft – dies wurde gerade in der Gegenüberstellung mit Westhelle sehr deutlich – das beste und daher für die Länder der Dritten Welt einzig denkbare Wirtschaftsmodell.

Es scheint für die Mehrheit der nordatlantischen Ökonomen unmöglich zu sein, die Marktwirtschaft zu hinterfragen und über alternative Formen des Wirtschaftens mit anderen Kulturen ins Gespräch zu kommen.

Wie sehr unser Denken vom Modell der sozialen Marktwirtschaft bestimmt ist, zeigte auch die Diskussion unter den SeminarteilnehmerInnen: Ist die soziale Marktwirtschaft nun das beste System oder nicht? Ist unser Wohlstand hausgemacht oder beruht er auf der Ausbeutung von Frauen, ArbeiterInnen, Natur, Dritter Welt? Diese Fragen wurden auf dem Seminar bis zum letzten Tag kontrovers diskutiert.

Überhaupt war das Seminar sehr stark geprägt von der Frage, was wir hier, in einem reichen Land, tun können. In einer Diskussion über die Bildung von Gegenmacht wurde vor allem beklagt, daß die Wirtschaft letztendlich immer mehr Macht habe als die Politik.

Vorrang der Politik vor der Wirtschaft

An diese Diskussion knüpfte das Referat von GÖTZ PLANER-FRIEDRICH vom Lutherischen Weltbund in Genf an. Er plädierte sehr entschieden für einen Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie. In der Politik müßten wieder Visionen möglich werden, die

über den Horizont einer Legislaturperiode hinausreichen. Da solche Visionen aber nur „von unten“ wachsen könnten, dort, wo BürgerInnen sich organisieren, forderte er eine Überwindung der Nationalstaaten durch Regionalisierung.

Von einer Regionalisierung erhofft sich Planer-Friedrich die Rückkehr zu kulturellen Eigenheiten und zugleich deren Schutz. Auf föderativer Ebene würden die Regionen miteinander in einen Dialog treten und überregionale Fragen behandeln. Dieser Dialog sollte einen sozialetischen Prozeß darstellen, in dem nicht die Werte einer Gruppe für alle zum Maßstab werden, sondern in dem sich alle Gruppen an den drei Indikatoren „Abbau von Not, Vermeidung von Gewalt, Verminderung von Unfreiheit“¹ orientieren. Götz Planer-Friedrich verspricht sich davon folgendes:

„Läßt sich die Ethik von solchen Kriterien leiten, anstatt absolute Werte zu postulieren, wird sie auch Bewertungsmaßstäbe für politisches Handeln freisetzen, ohne die kulturelle Vielfalt und die kontextuelle Differenz menschlicher Befindlichkeiten zu ignorieren.“

Wichtig ist bei diesem Projekt, daß die Kräfte der regionalen Selbstverwaltung wiederbelebt werden. Die Föderation dient als Konfliktstelle, an der die jeweiligen regionalen Bedürfnisse koordiniert werden. Die Ökonomie wird in diesem Modell vom ethischen Standpunkt aus immer nur als Mittel, nicht als sinnstiftender Wert verstanden:

„Weder Ökonomie noch Politik unterliegen in ihrer Gestaltung unveränderbaren Gesetzmäßigkeiten.“

Gegen die Eigengesetzlichkeit des Marktes

Mit dieser Einstellung widerspricht Planer-Friedrich eindeutig dem Marktwirtschaftler Homolka. In einer seiner Thesen heißt es nämlich:

„Wer die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten mißachtet, kann die wirtschaftliche Aufgabe der bestmöglichen Versorgung nicht erfüllen.“

Die Verteidiger des Marktes sprechen also von gewissen Gesetzmäßigkeiten, die nicht verletzt werden dürfen, wenn das größte Wohl aller erreicht werden soll. Genau diese Verabsolutierung von Gesetzen hatte auch Westhelle angeklagt und als Beginn der Sklaverei bezeichnet. Wenn angesichts des Hungers und Elends in der Dritten Welt die Rückzahlung der Schulden und dazu noch die Durchführung gewisser Strukturanpassungsmaßnahmen, die wiederum auf Kosten der Ärmsten gehen, gefordert werden, begreifen die Gesetze des Marktes zu töten.

Es müsse daher das Gesetz der Schuldentrückzahlung in Frage gestellt werden, ebenso wie das Gesetz des Wirtschaftswachstums. Die Forderung des „immer mehr“ führe uns unausweichlich zur Zerstörung der Erde. Planer-Friedrich plädierte daher für eine „Rückkehr zum menschlichen Maß“, was auch eine Besinnung auf unsere wahren oder „schlechthinnigen Bedürfnisse“² bedeutet, die eben nicht nur materielle sind.

Die eigentliche Aufgabe von Theologie und Ökonomie

An den Bedürfnissen des Menschen orientierte sich auch das Referat von KLAUS NÜRNBERGER, Theologe aus Pietermaritzburg (Südafrika). Er unterscheidet dabei vier Bedürfnisebenen:

¹ W. HUBER / H. R. REUTER, *Friedensethik*, Stuttgart 1990, 22.

² H. R. REUTER, *Die Bergpredigt als Orientierung unseres Menschseins heute*, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 23 (1979) 84–105.

1. Grundbedürfnisse (Raum, Zeit, Kraft)
2. Personbezogene Bedürfnisse (leiblich, psychologisch, geistlich usw.)
3. Umweltbezogene Bedürfnisse (ökologisch, ökonomisch, politisch, gesellschaftlich usw.)
4. Transzendente Bedürfnisse

Die Unterscheidung der Bedürfnisebenen führt bei ihm aber nicht zu einer Dichotomie von diesseitigen und jenseitigen Bedürfnissen. Im Gegenteil: Er wendet sich gegen die in der Theologie häufig vorgenommene Trennung von „Heil“ und „Wohl“. Die in der Bibel synonym verwendeten Begriffe „Heil“, „shalom“ und „Reich Gottes“ haben für ihn die Bedeutung umfassenden Wohlseins. Gottes Heilshandeln beziehe sich jeweils auf einen konkreten Mangel an diesem Wohlsein und es ermächtige menschliches Heilshandeln, welches sich ganz konkret an den vier Bedürfnisebenen auszurichten habe. Gottes Heilshandeln manifestiere sich auf dreierlei Weise: *Erstens* durch seinen rettenden Eingriff; *zweitens* durch seine Solidarität im Leiden; und *drittens*, indem er das Leiden von innen her auf die eschatologische Zukunft hin aufrichtet. In allem sei Gottes Heilshandeln Antwort auf die Not des Menschen. Weil Gottes Heilshandeln das menschliche ermächtige, werde es auch zum Grund für den rettenden Einsatz der Menschen. Hierin bestehe die ethische Dimension des Glaubens.

Da sich aber Gottes Heilshandeln auf die konkreten Mängel und Bedürfnisse der Menschen beziehe, gehöre die Ökonomie ins Zentrum der Theologie. Heute seien dagegen Theologie und Ökonomie weit voneinander entfernt, sie scheinen zwei völlig voneinander verschiedene Bereiche des Lebens zu thematisieren. Der Grund für diese gegenseitige Abgrenzung sieht Nürnberger in der Entfernung von den eigentlichen Gegenständen der beiden Wissenschaften, nämlich den Bedürfnissen des Menschen und seiner Umwelt.

Hauptanliegen der Ökonomie müßten die Überwindung menschlichen Leidens und die Befriedigung sozialer Bedürfnisse sein. Dagegen werde in den gegenwärtig vorherrschenden Theorien fast ausschließlich die Effizienz des „throughput“ (Maximierung des Ertrags bzw. Minimierung der Kosten) thematisiert und die Schulökonomie verstehe sich lediglich als empirische Wissenschaft. Kulturelle und geistig-religiöse Dimensionen der menschlichen Wirklichkeit würden als „nicht-ökonomische Faktoren“ ausgeklammert.

Teilhabe an Gottes Vollmacht

Nürnberger ruft Theologie und Ökonomie auf, zu ihren eigentlichen Gegenständen – den Bedürfnissen der Menschen, gerade der leidenden Menschen – zurückzukehren. Und wie ein solcher interdisziplinärer Ansatz aussehen könnte, zeigt er in seiner Analyse der wirtschaftlichen Probleme. Er unterscheidet einerseits Willens- oder Bewußtseinsfaktoren von strukturellen Mechanismen. Andererseits lokalisiert er die Ursachen für die Unterentwicklung der Länder der Dritten Welt auf drei Ebenen: im Zentrum, in der Peripherie und auf einer Interaktionsebene zwischen Zentrum und Peripherie.

Die Willens- und Bewußtseinsfaktoren seien durch die oben bereits erwähnten transzendenten Bedürfnisse der Menschen bedingt. Sie stellen die Tiefendimension aller anderen Bedürfnisse dar und werden durch sie vermittelt, nämlich durch *Sinn*, *Seinsrecht* und *Vollmacht*. Die Mentalität einer Gesellschaft sei wesentlich durch ihr *Sinnssystem* bestimmt. Eine traditionelle Gesellschaft sei an einer heiligen Vergangenheit ausgerichtet. Ihr Ziel sei dementsprechend Stabilität, und das *Seinsrecht* des einzelnen hänge von seiner Bereitschaft zur Anpassung ab. Eine technologische Zivilisation orientiere sich dagegen an einer besseren Zukunft. Ihr gehe es um Veränderung, und vom einzelnen sei daher Eigeninitiative gefordert.

In einer Situation, in der beide Systeme aufeinandertreffen, erwartet Nürnberger von christlicher Mission, sich nicht an die Seite des einen Systems zu stellen, sondern beide herauszufordern. Dies impliziert auch immer eine Selbstprüfung, die letztlich nur ein Kriterium haben kann: „das umfassende Heil Gottes, das alles konkrete Unheil aufhebt.“ Dem Verzicht auf jeglichen absoluten Wahrheitsanspruch entspreche die Bereitschaft, sich ganz auf die anderen einzulassen, sie bedingungslos anzunehmen.

Hängt in den meisten Sinnsystemen das *Seinsrecht* von bestimmten Verhaltensweisen ab, so glaube das Christentum an eine transzendente Instanz, die das Seinsrecht bedingungslos anerkennt. Seinsrecht als Geschenk bedeute Befreiung aus den Zwängen, die das Leben des Menschen bestimmen und ihn in der Heillosigkeit festhalten. Ein Aspekt ist für Nürnberger dabei besonders wichtig:

„Gott nimmt die Unannehmbaren an und erleidet das Faktum ihrer Unannehmbarkeit. Es ist diese unverdiente Einladung in die Gemeinschaft Gottes und in die Teilhabe an seiner Vollmacht, Liebe und Zielsetzung, die befreiend wirkt.“

Das Ziel sei eine neue Wirklichkeit, und die Vorwegnahme dieser neuen Wirklichkeit fordert das Recht auf Teilhabe in Politik und Wirtschaft, eben Teilhabe an Gottes *Vollmacht*. Christliche Botschaft, so Nürnberger, ermächtigt und erschließt Vollmacht:

„Teilhabe an der rettenden Liebe Gottes setzt nicht nur Verantwortungsbewußtsein für die anderen, sondern auch Vollmacht zum Handeln voraus.“

ChristInnen nehmen die Macht und Vollmacht Gottes in Anspruch – „im Dienste der rettenden Liebe Gottes“.

Götzendienst

Die Dependenz des Südens vom Norden ist eine Verweigerung der Teilhabe an der Vollmacht Gottes. Sie hat daher religiösen, nämlich götzdienerischen Charakter. Das politische und wirtschaftliche System der Dependenz hat für Vitor Westhelle ein eigenes religiöses Programm, welches ideologisch gebraucht wird, um Menschen zu unterdrücken. Er ist der Meinung, daß es zwangsläufig zu einem Konflikt zwischen dem Gott der Bibel und dem Gott des Systems kommen muß: „Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon.“ (Lk 16,13 par)

Konsens

Theologie und Ökonomie gehören demnach real zusammen – dies wurde aus den Referaten von Westhelle und Nürnberger deutlich und war auch unter den Seminar TeilnehmerInnen der Grundkonsens. In der Reflexion des Seminarprozesses stellte der Seminarleiter JOACHIM WIETZKE noch weitere Punkte heraus, über die ein breiter Konsens herrschte:

- Die Übereinstimmung in der Analyse. Die Weltwirtschaft wurde weitestgehend als ein System der asymmetrischen Interaktion verstanden. Auch die Bereicherung des Zentrums auf Kosten der Peripherie wurde von den meisten anerkannt, ebenso wie Nürnbergers Analyse, daß es sich um eine Auseinandersetzung der Sinnsysteme handele.
- Die soziale Marktwirtschaft ist das bislang beste System. Sie ist aber *kein* Modell für die Weltwirtschaft. In westlichen Demokratien mit relativ starkem staatlichen Einfluß, der eine gewisse Chancengleichheit sichert und notwendige Rahmenbedingungen liefert, funktioniert das System der sozialen Marktwirtschaft recht gut. Doch kann das System auf globaler Ebene kaum kontrolliert, keine Gerechtigkeit und kein Schutz der

Umwelt garantiert werden. Diese Bedenken bedeuten keine Absage an Wachstum und Eigeninitiative, doch stellt sich die Frage, welches Wachstum in der Marktwirtschaft angestrebt wird, ob es nicht nur der quantitative Gewinn, nicht aber qualitativer Fortschritt ist.

- Daraus folgt, daß es kein universales Modell gibt, sondern nur regionale Modelle. Verschiedene Modelle müssen international in einen Streit treten.
- Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Modell vom Spiel der freien Kräfte national und international nicht ausreicht. Vielmehr muß die Wirtschaft – im Sinne von Planer-Friedrich – von der Politik kontrolliert und begrenzt werden, also ein Primat der Politik vor der Ökonomie. Es muß nach geeigneten Instrumenten für die internationale Staatengemeinschaft gesucht werden.
- Politik muß sich an den Grundbedürfnissen orientieren, wobei nicht nur die materiellen Bedürfnisse gemeint sind. Allen Menschen muß die Wahrnehmung der Menschenrechte ermöglicht werden; jede/r soll das Recht haben, nach der eigenen kulturellen Tradition zu leben. Bei der Rede vom Wachstum ist immer danach zu fragen, was wachsen soll und wer davon profitiert.

Offene Fragen

Offen blieb die Grundfrage, wie wir es mit der Aufklärung halten. Verteidigen wir als EuropäerInnen die Autonomie des Individuums, oder arbeiten wir als ChristInnen an der Gemeinschaft des Volkes Gottes? Diskutiert wurde über diese Frage an zwei Punkten. Zum einen wurde bezweifelt, daß die westliche Kultur der Aufklärung zur völligen Vereinzelung geführt habe. Bürgerinitiativen und verschiedene Jugendkulturen seien Gegenbeispiele. Doch stellte sich auch die Gegenfrage, inwieweit es sich hier um verbindliche Gemeinschaften handelt, oder ob dahinter nicht vielmehr kumulierte Einzelinteressen gesehen werden müssen. Zum anderen wurde der Gemeinschaftsbegriff hinterfragt. Gemeinschaft kann auch als einengend und unfrei machend erfahren werden, gerade auch im kirchlichen Bereich. Die Verbindlichkeit einer Gemeinschaft kann also auch zum Zwang werden. Für unseren westlichen Kulturkreis gilt wohl, daß wir hinter die Aufklärung – und damit hinter die Mündigkeit des einzelnen – nicht mehr zurück können. Gemeinschaft kann daher nur von der Basis her in einem Prozeß wachsen.

Zum Schluß des Seminars wurden daher auch ganz praktische Fragen diskutiert: Wie können die europäischen Kirchen im Nord-Süd-Konflikt für die Armen Partei ergreifen?

Das Projekt der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft (EDCS) wurde von GERHARD DILLSCHNEIDER vorgestellt. Die EDCS, 1975 vom Ökumenischen Rat der Kirchen gegründet, vergibt Kredite an Genossenschaften in armen Gebieten der Welt – bis 1990 an 140 Projekte. Kirchen, Kirchengemeinden, Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen können sich durch den Kauf von Genossenschaftsanteilen an der EDCS beteiligen. 1990 hatte die Genossenschaft 246 Mitglieder, die ein gesamtes Anteilskapital von über 42 Millionen US-Dollar zeichnen.

Die Feier des wahren Gottesdienstes

Hier ist ein Ansatzpunkt für das Engagement europäischer Kirchen und Gemeinden: Wo wird das Geld angelegt? Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Kirchen reiche Kirchen sind und mit ihrem Reichtum sehr viel bewirken. Wenn sich unsere reichen Kirchen mit den armen Kirchen der Dritten Welt solidarisch zeigen wollen, müssen sie

diese an ihrem Reichtum, und das heißt nicht nur am Überfluß, sondern auch an der Substanz, teilhaben lassen.

Parallel zu Spenden und Krediten ist aber auch Bewußtseinsarbeit notwendig, wobei sich besonders Partnerschaften mit Gemeinden oder Projekten in der Dritten Welt empfehlen. Wir reichen EuropäerInnen müssen unseren Lebensstil in Frage stellen und sind aufgefordert, zum menschlichen Maß zurückzukehren. Bewußtseinsarbeit kann aber auch heißen, Oppositionsparteien in Ländern der Dritten Welt ideell und materiell zu unterstützen, sowie Einfluß auf die Außenhandelspolitik der Europäischen Gemeinschaft – z. B. durch Lobbyarbeit in Brüssel – auszuüben.

Als Mitglieder reicher Kirchen sind wir aufgefordert, uns in Fragen der Wirtschaft einzumischen, die Rede von der Eigengesetzlichkeit und den Sachzwängen nicht mehr zu akzeptieren. Es ist die prophetische Aufgabe der Kirchen, den Götzendienst anzuklagen. Als ChristInnen müssen wir Ausschau halten nach Visionen, die die Teilhabe aller am ganzen Leben – auch in der Wirtschaft – ermöglichen. Diese Teilhabe kann nicht nur die Teilhabe am Konsum, das Auffangen der sozial Schwachen in einem sozialen Netz bedeuten, sondern muß vor allem Teilhabe an der Produktion, das Recht auf Arbeit heißen. Nur so kann das Subjektsein bzw. -werden aller verwirklicht werden.

Von der Teilhabe sind aber auch im reichen Europa viele Menschen ausgeschlossen: Frauen, Alte, Behinderte, Ausländer. D. h. der Nord-Süd-Konflikt beginnt vor unserer Haustür, der Götzendienst findet im christlichen Abendland statt. Mit diesem Götzendienst, und d. h. mit der Ökonomie, muß sich auch europäische Theologie in ihrem Zentrum beschäftigen.

Littau

Georg Wessling